

# Direktwahl der Regierung hält nicht, was sie vermeintlich verspricht

**Studie** Die Effekte, die sich die Demokraten pro Liechtenstein (DpL) von einer Direktwahl der Regierung versprechen, würden wohl nicht in gewünschtem Ausmass eintreten. So lautet das Fazit einer Studie des Liechtenstein-Instituts.

VON DANIELA FRITZ

Die Regierungskandidaten stehen im Wahlkampf oftmals stark im Vordergrund - obwohl sie das Volk anders als die Abgeordneten noch nicht einmal wählen kann. Auch bei der Absetzung einzelner Regierungsmitglieder oder der Gesamtregierung hat das Volk keinen Einfluss. Immer wieder steht daher die Frage nach einer Direktwahl der Regierung im Raum, besonders gern von der Opposition vorgebracht. So waren es auch die Demokraten pro Liechtenstein (DpL), die die Auswirkungen eines solchen Systemwechsels prüfen lassen wollten. Der Landtag überwies ein entsprechendes Postulat im März 2020.

Die Regierung hat aus Gründen der Objektivität das Liechtenstein-Institut mit einer Studie beauftragt. Die Ergebnisse liegen seit gestern vor. Auf 89 Seiten haben sich die Autoren Christian Frommelt, Thomas Milic sowie Patricia Schiess Rütimann dieser Frage detailliert angenommen sowie mehrere Varianten geprüft. Sie kommen allerdings zum Schluss, dass eine Direktwahl der Regierung nicht hält, was sie vermeintlich verspricht. Im Gegenteil, statt der erhofften Effekte sehen sie einige Risiken und Nachteile.

## Wählerwille besser abgebildet?

So bezweifeln die Autoren, dass der Wählerwillen durch eine Direktwahl



besser abgebildet wird. «Es ist keineswegs garantiert, dass eine Direktwahl zu einer besseren, weil breiter gefächerten Abbildung der Wählerschaften führt», heisst es in der Studie. Am wahrscheinlichsten sei wohl, dass sich die Regierung auch bei einer Direktwahl aus Vertretern der beiden Grossparteien zusammensetzt.

Dass bei einer direkt gewählten Regierung die Sachpolitik mehr im Fokus steht und sie daher besser arbeitet, scheint den Autoren ebenfalls wenig plausibel. Beispiele aus der Schweiz würden vielmehr zeigen, dass direkt gewählte Regierungsmitglieder oftmals ideologisch weit voneinander entfernt liegen und daher konsensorientierter arbeiten. «Was natürlich nicht schlecht sein muss, aber doch eine Verwässerung des einzelnen Wählerwillens bedeutet», heisst es in der Studie. Die Autoren merken zudem an, dass die Regierungsarbeit weniger effizient sein könnte, wenn in Regierung und Landtag unterschiedliche Mehrheiten vorherrschen. Unsicherheiten

könnten auch entstehen, wenn die Partei des Regierungschefs nicht die Mehrheit in der Regierung stellt.

## Parlamentarisches System

Befürworter einer Direktwahl argumentieren insbesondere, dass eine vom Volk gewählte Regierung eine höhere Legitimation besitzt. Das sei allerdings nicht zwingend so, meinen die Autoren, auch wenn sich dadurch ein gewisser psychologischer Effekt ergibt. Der «Makel» des fehlenden «Volkstests» könne sich aber auch anders beheben lassen, indem etwa die Parteien schon bei der Nomination verstärkt auf die politische Erfahrung ihrer Regierungskandidaten achten.

Zudem sei die enge Verschränkung von Parlamentsmehrheit und Regierung in einem parlamentarischen System gewollt, die sich mit der Wahl der Regierung durch das Parlament ergibt. Erachtet man die Direktlegitimation für wichtiger, müsse man sich auch prinzipiell zum präsidentiellen System bekennen. Die Regierung würde damit weitrei-

Landtag und Fürst wählen die Regierung. Würde das Volk die Regierung direkt wählen, würde das die Rolle des Landtags schwächen - insgesamt aber kaum Vorteile bringen.

(Foto: Zanghellini)

chende Befugnisse erhalten und sei nur vom Vertrauen der Wähler abhängig.

## Landtag über andere Wege stärken

Das könnte wiederum den Landtag und dessen Kontrollrechte einschränken. Derzeit könnte das Parlament die Regierung theoretisch aberufen. Konsequenterweise müsste dieses Recht bei einer Direktwahl der Regierung aber dem Volk übertragen werden. Auch wenn davon in der Praxis kaum Gebrauch gemacht wird, würde das den Landtag schwächen und die Regierung stärken. Auf jeden Fall würde das derzeit bestehende Vorschlagsrecht des Landtags wegfallen - und damit die Möglichkeit, die Regierungszusammensetzung zu beeinflussen. «Bestenfalls resultiert aus der Direktwahl der Regierung weder eine Schwächung noch eine Stärkung des Landtages», so die Einschätzung der Autoren.

Der Landtag scheitert derzeit vielmehr an seinem Rollenverständnis als an den rechtlichen Möglichkeiten. Über die Parteien sind Regierungsmitglieder und Abgeordnete miteinander verflochten, daran würde auch die Direktwahl der Regierung wenig ändern. Die Wahlchancen der einzelnen Landtagskandidaten würden wesentlich vom Gesamtauftritt der Partei abhängen. «Vor diesem Hintergrund würden Landtagsabgeordnete ihrer Partei wohl kaum durch ein besonders parteiunabhängiges Auftreten schaden wollen», so die Autoren. Demnach lehnt man im Hohen Haus nur selten Regierungsvorlagen ab, während umgekehrt Änderungsvorschläge des Landtags meist wenig Erfolgchancen haben.

Die Autoren schlagen deshalb vor, den Landtag besser über eine Anpassung der Geschäftsordnung und mehr Ressourcen zu stärken. Dies sei eher eine Frage der politischen Kultur als eine Frage des Wahlrechts.